



Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im Regierungsbezirk Köln bei der Bundestagswahl 2021

1. Einleitung	S. 2
Krise und Demokratieabstinz	S. 4
2. Analyse extrem rechter und rechtspopulistische Parteien	S. 6
Alternative für Deutschland	S. 6
Basisdemokratische Partei Deutschland	S. 13
Nationaldemokratische Partei Deutschland	S. 15
Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen	S. 17
3. Weitere Parteien	S. 19
Weitere zur Bundestagswahl angetretene Parteien im RB Köln	S. 19
Weitere extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im RB Köln	S. 20
4. Darstellung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen	S. 22
Tabellarische Ergebnisse	S. 22
Thesen und Analysen	S. 23
Hetz- und Desinformationskampagnen bei der Bundestagswahl	S. 26
Zivilgesellschaft für Demokratie	S. 28
5. Anhang	S. 29
Tabellen	S. 29
Literatur und Quellen	S. 32

1. Einleitung

Am 26. September wurde der 20. Deutsche Bundestag gewählt. In NRW waren dabei insgesamt 27 Landeslisten einer Partei wählbar (also die über die Mehrheitsverhältnisse entscheidende Zweitstimme), wobei zwei Parteien und „andere KWV“ (Wählergruppen und Einzelbewerber*innen) nur über Erststimmen wählbar waren. Auch extrem rechte, rechtspopulistische und rechtsoffene Gruppierungen waren zur Wahl angetreten. Deren Auftreten und Abschneiden hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR Köln) dokumentiert und für die vorliegende Wahlnachlese ausgewertet.

Auftrag Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus ist es, engagierte Menschen, Vereine und Verbände, Initiativen und Netzwerke, Bildungseinrichtungen, Politik und Verwaltung mit dem Ziel zu unterstützen, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken. Die Berater*innen der Mobilen Beratung vermitteln Informationen und Expertise auf der Basis von Recherche- und Analysearbeit. Daher gehört die Dokumentation von Strukturen, Entwicklungen und Veränderungsprozessen der verschiedenen Spektren der traditionellen und modernisierten Rechten im Regierungsbezirk Köln (RB Köln) mit zu den Kernaufgaben der MBR Köln. Bundesweit verwenden Teams der Mobilen Beratung den Begriff „Rechtsextremismus“ – unter Bezugnahme auf eine der am häufigsten in der Praxis verwendeten sozialwissenschaftlichen Definition sowie an einer verschiedene Forschungsperspektiven verbindende Konsensdefinition (Decker/ Brähler, 2006, S. 20f.) – als „Sammelbegriff für antimoderne Einstellungen, Handlungen und unterschiedliche politische Strömungen, deren verbindendes Element Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind und die nach ethnischer Homogenität von Völkern streben.“ (Bundesverband Mobile Beratung, 2020, S. 18)

Der Rechtspopulismus gehört ebenfalls zum Gegenstand Mobiler Beratung. Dazu gerechnet werden „Gruppierungen und Parteien, die den politischen Raum zwischen Rechtsliberalismus und Rechtskonservatismus auf der einen sowie Rechtsextremismus auf der anderen Seite besetzen wollen.“ Entsprechende Parteien sind „typischerweise Sammelbecken, die unterschiedliche politische Kräfte umfassen, von rechtsliberalen und rechtskonservativen bis hin zu rechtsextremen.“ (ebd., S.20) Gerade dort, wo innerhalb einer Partei verschiedene Strömungen wirken, sind diese notwendigerweise nicht immer trennscharf abzugrenzen und bestimmten Kategorien zuzuordnen. Um diesen Umstand wissend werden im Folgenden neben der NPD und der Kleinstpartei *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen* auch die AfD und die neue *Basisdemokratische Partei Deutschland* (dieBasis) genauer unter die Lupe genommen.

Die vorliegende Wahlnachlese der MBR Köln versteht sich nicht als gegen nur eine Partei gerichtete Veröffentlichung; auch lassen sich aus ihr explizit keine Empfehlungen für künftige

Wahlen ableiten. Vielmehr werden diejenigen Gruppierungen eingeordnet, die tendenziell eine Gefahr für den Zusammenhalt der Bürger*innen sowie das friedliche Zusammenleben der bundesrepublikanischen Migrationsgesellschaft darstellen können.

Zu Beginn der Nachlese sollen die inhaltlichen Aspekte der verschiedenen Wahlprogramme benannt werden. Im Anschluss werden ausgewählte Aktionen rund um den Wahlkampf angeführt und die Wahlergebnisse der Parteien dargestellt. Im darauf folgenden Abschnitt werden rechtsoffene Parteien angeführt, die in ihrem Wahlprogramm Positionen vertreten (beispielsweise eine antifeministisch oder verschwörungsideologisch geleitete Programmatik) und daher anschlussfähig an Ideologeme der extremen Rechten sind – ohne dass sie in Gänze als „rechtsextrem“ bezeichnet werden könnten. Zudem werden extrem rechte Parteien benannt, die zwar im Regierungsbezirk Köln aktiv sind, jedoch nicht zur diesjährigen Bundestagswahl angetreten sind. Der nächste Teil stellt Ergebnisse der Bundestagswahl im RB Köln in Bezug auf genannte Spektren zusammenfassend vor, gefolgt von Schlussfolgerungen, der Darstellung beispielhafter Kampagnen und der Formulierung erster Thesen auf der Basis bisheriger Forschungen und Veröffentlichungen.

Im Anhang finden sich die Ergebnisse der Wahl nach den einzelnen Wahlkreisen im Regierungsbezirk Köln geordnet. Hier wird ersichtlich, wie viele Stimmen die Parteien für sich gewinnen konnten und um wie viele Prozentpunkte sich ihre erzielten Ergebnisse zur Bundestagswahl 2017 unterscheiden. Alle in der Nachlese vorgestellten Ergebnisse, Auswertungen und Thesen beziehen sich auf den Zeitraum bis zum 8. Oktober 2021; nachfolgende Entwicklungen und Veröffentlichungen wurden nicht berücksichtigt.

Krise und Demokratieabstinenz

Das Klima rund um die Bundestagswahl 2021 war geprägt von der Corona-Pandemie, Desinformationen, Hetzkampagnen sowie im Vorfeld aufgedeckter Spendenaffären oder Korruptionsvorfällen. Als „Gift für die Demokratie“ (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier) wurden diese Kampagnen und Ereignisse bezeichnet. Wie genau sie jedoch Demokratieabstinenz befördern, kann ebenso wenig abschließend beantwortet werden, wie die Frage, ob sie tatsächlich dazu beigetragen haben, dass Menschen ihr Kreuz bei extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien gemacht haben.

Auch wenn wissenschaftlich ein Zusammenhang zwischen Demokratiedistanz und Wahlentscheidung nachzuweisen ist, greifen monokausale Erklärungsversuche zu kurz. Hinweise aber geben die so genannten Mitte-Studien¹, die sich mit der Frage befassen, wie weit extrem rechte und demokratiegefährdende Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ verbreitet sind. Der Fragestellung geht die Annahme voraus, dass die Demokratie dann in Gefahr ist, „wenn Menschen in der Mitte rechtsextreme Einstellungen verbreiten oder mit ihnen mehr oder weniger sympathisieren.“ (Zick, 2021, S. 17) Gleichmaßen gibt es demokratiegefährdende Einstellungen, die nicht deckungsgleich mit extrem rechten Einstellungen sind. (vgl. ebd.)

Laut Zick haben gesellschaftliche Krisen und Konflikte eine große Auswirkung darauf, ob demokratiegefährdende Einstellungen aktiviert werden. (ebd., S.19) Dies ist darauf zurückzuführen, dass Menschen in Krisensituationen dazu neigen, einen Kontrollverlust zu verspüren und zu glauben, ihre Bezugsgruppe werde bedroht. Diese Personen sind der Meinung, sie würden etwas verlieren, wobei ihnen ihrer Ansicht nach doch eigentlich ein Mehr (z.B. Einfluss oder Geld) zustünde. Krisen können demnach den Wunsch nach Sicherheit, Kontrolle, Zugehörigkeit und nach Erklärungen für die eingetretenen Veränderungen auslösen.

Mit der Corona-Pandemie gibt es eine besondere Krisensituation, die sich auf die gesamte Gesellschaft auswirkt und alle Menschen auf die ein oder andere Weise betrifft. Durch die Pandemie, so die Forscher*innen der Mitte-Studie, vergrößern sich soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft und werden deutlich sichtbarer. So seien die Belastungen durch die Pandemie beispielsweise ungleich verteilt und das Armutsrisiko steige. (vgl. ebd., S. 20) Dies lässt den Schluss zu, dass die Pandemie unterschiedliche Potenziale zu demokratiegefährdenden Einstellungen und Radikalisierungsprozessen freisetzt.

¹ Bei den Mitte-Studien handelt es sich um repräsentative Bevölkerungsumfragen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. der Universität Leipzig.

Jedoch hält Zick ebenso fest: „Schon vor der Pandemie wurden der Hass gegen Minderheiten, die Verbreitung von Hassrede im Internet und vor allem rechtsextreme Gewalt und Terror immer sichtbarer.“ (ebd., S. 24) Die extreme Rechte versuche, die Corona-Pandemie für ihre Ziele zu vereinnahmen und nutzbar zu machen. So wurden Vorstellungen der extrem Rechten, wie dass eine „korrupte Elite das Volk betrüge“ in der Mitte der Gesellschaft platziert. Pointiert lässt sich sagen: „Aus der Mitte heraus entstand eine rechtspopulistische Bewegung.“ (ebd.)

Diese Bewegung hat in der *Alternative für Deutschland* ihren parteipolitischen Lautsprecher gefunden. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 zeigen, dass die AfD zwar im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl nicht erstarkt, sie jedoch weiterhin sehr präsent ist. Trotz Verluste hat sich die AfD also als weitere Kraft in der Parteienfamilie der Bundesrepublik etabliert. Die von ihr vertretenen Positionen finden sich – wie bereits gesagt – nicht nur an den „Rändern der Gesellschaft“. Dies betrifft nicht nur rassistische Haltungen, sondern auch die Zustimmung zu Antisemitismus, Verschwörungsmmythen und Antifeminismus. Empirisch lässt sich nachweisen: Dort, wo sich diese Ideologiefragmente zu einem rechtsextremen Weltbild verdichten, ist auch die Wahlpräferenz zu einer Partei wie der AfD am höchsten. (vgl. Decker/ Brähler, 2020, S. 56).

2. Analyse extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien

Alternative für Deutschland (AfD)

Inhalte

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) gründete sich im Februar 2013 und zog erstmals 2017 als drittstärkste Partei mit 12,7 Prozent in den Bundestag ein. Seit 2018 ist sie in allen sechzehn Landtagen vertreten. Programmatisch reicht die Bandbreite von „rechtskonservativen bis hin zu völkisch-nationalistischen und damit rechtsextremistischen Positionen.“ (Niedermayer/ Poguntke, 2021) Zu den Hauptthemen der AfD gehört die Ablehnung einer liberalen Migrationspolitik, zudem positionierte sie sich „in den vergangenen Jahren als Sprachrohr derjenigen, die die mehrheitlich vertretene Sichtweise eines überwiegend menschengemachten Klimawandels kritisieren.“ (ebd) Inzwischen steht die Partei in weiten Teilen für rassistische, völkische, anti-demokratische und autoritäre Inhalte. Gleichzeitig bedient sich die AfD einer populistischen Kommunikationsstrategie, die geprägt ist von Skandalisierung und Polarisierung und weniger vom Angebot konkreter demokratischer und auf Beteiligung und Ausgleich gerichteter Handlungsoptionen. Im März 2020 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die innerparteiliche Strömung „Der Flügel“ der AfD als „Verdachtsfall“ und später als offen rechtsextrem ein. Andere Lager der AfD, beispielsweise rund um den ehemaligen Bundesvorsitzen Jörg Meuthen, versuchen sich seither an einer inhaltlichen wie personellen Distanzierung vom seit April 2020 aufgelösten „Flügel“. Trotz seiner Auflösung haben dessen Anhänger*innen aber weiterhin maßgebend Einfluss auf die Geschicke der Partei.

Die unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen, die immer wieder zu parteiinternen Unstimmigkeiten und Lagerkämpfen führen, sind in Köln und im Kölner Umland nicht immer deutlich sichtbar. So hält sich der Kreisverband Köln mit eindeutigen Positionierungen zugunsten einzelner Repräsentant*innen des „bürgerlichen“ oder des „völkisch-rechtsextremen“ Lagers zurück. Die „häufig präferierte eindeutige Unterscheidung in radikalere ‚Flügel‘-Kräfte und einen angeblich ‚gemäßigten‘ Teil der AfD“ gilt mittlerweile jedoch als überholt. (DGB Bundesvorstand, 2021, S. 16). Die *Junge Alternative* (JA), die Jugendorganisation der AfD, wird vom Verfassungsschutz als „Verdachtsfall für rechtsextremistische Bestrebungen“ eingestuft.

Personen

Auf dem Listenplatz 7 der AfD-Landesliste NRW stand Matthias Helferich zur Wahl. Er wurde unter anderem von der JA Köln als Kandidat für die Bundestagswahl beworben. Allerdings

hatte der Bundesvorstand der AfD angekündigt, gegen Helferich eine zweijährige Ämter-sperre beim zuständigen Parteigericht zu beantragen. Hintergrund war das Auftauchen von Auszügen eines Facebook-Messenger-Chats von Helferich aus den Jahren 2016 und 2017, die „direkt oder indirekt“ den Nationalsozialismus zum Thema haben“ (Gill /Löer, 2021). So schrieb Helferich unter einem geposteten Bild von sich mit AfD-Flyern in der Hand „das freundliche gesicht des ns“ (sic!). Weiter beschreibt er die Kornblume als „geheimen symbol der nationalsozialisten während des verbots in österreich“ und erklärt, dass er sie gerne im Garten züchte. Helferich schrieb in einem anderen Kontext „ich wollte den ‚demokratischen Freisler‘ beim landeskongress geben“. Roland Freisler war von 1942 bis zu seinem Tod Prä-sident des Volksgerichtshofes und gilt als bekanntester Strafrichter des NS-Regimes. In sei-ner Funktion verantwortete er Tausende Todesurteile, unter anderem das von Hans und So-phie Scholl. Trotzdem führte die AfD auch nach dem Bekanntwerden der Posts weiter Wahl-stände mit Helferich durch. Eine eindeutige Distanzierung fand nicht statt. Nach der Wahl am 29. September wurde innerhalb der AfD darüber diskutiert, ob Helferich der neuen AfD-Frak-tion im Bundestag angehören solle oder nicht. Im Laufe dieser Debatte entschied sich Helfer-ich dazu, auf seine Fraktionszugehörigkeit zu verzichten, wollte aber einen Antrag auf Gast-status in der Fraktion stellen. (vgl. sol/ dpa, 2021)

Hinter Matthias Helferich folgte auf Listenplatz 8 der AfD-Landesliste NRW der Kölner Roger Beckamp. Dieser fiel in der Vergangenheit immer wieder durch Kontakte in die „Neue Rechte“² auf. So trat er beispielsweise im Jahr 2018 als Referent bei einer Veranstaltung im damaligen Haus der selbst ernannten *Identitären Bewegung* (IB) in Halle auf und war Mitte April 2021 Gast in dem neurechten (und mittlerweile eingestellten) Medienprojekt *Laut Ge-dacht*. Hier wurde er vom Vorsitzenden der IB Philip Thaler und IB-Kader Volker Zierke inter-viewt. Ende Juli 2021 wurde über Twitter verbreitet, dass Beckamp zum zweiten Mal ein ein-jähriges Stipendium über 500 Euro im Monat vergeben habe³. Ziel sei es, eine „patriotische Gegenöffentlichkeit“ zu fördern. Mit dem Stipendium fördert Beckamp niemand anderes als Roland Moritz.⁴ Moritz hat mit *KVLTGames* das Videospiele „Heimat Defender“ entwickelt, welches vom Verein *EinProzent* finanziert wurde. In Deutschland wurde es im Jahr 2020 als jugendgefährdend indiziert, da es Rassismus und Homofeindlichkeit bediene. (vgl. Klaus, 2021) Eine weitere Verschränkung von Beckamp mit dem „neurechten“ Lager wurde Ende 2020 deutlich, als der Verein *EinProzent* ihn zum Livestream eingeladen hatte. Nach dem

² Zum Begriff „Neue Rechte“ vgl. u.a. Weiß 2021.

³ <https://threadreaderapp.com/scrolly/1418631464325894144> (abgerufen am 15.10.2021)

⁴ Angeblich ist Moritz wohl kein Teil mehr der IB Österreich, aber er pflegt wohl noch Kontakte in die Szene. (vgl. Klaus, 2021)

Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD dürfte Roger Beckamp eigentlich keinen Kontakt in dieses politische Milieu pflegen.⁵

Wahlprogramm

Zur Bundestagswahl trat die AfD mit der Kampagne „Deutschland. Aber normal“ an. Diese Normalität ist einerseits eine ‚zurück zu vor Corona-Normalität‘, andererseits gegen ein von Pluralität und Diversität gekennzeichnetes Gesellschaftsmodell gerichtet. So versteht die AfD die „Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft“. (AfD, 2021, S. 104) Die Familie bestehe (ausschließlich) aus Vater, Mutter und Kind. Damit vertritt die Partei ein heteronormatives und traditionelles Familienbild, nach dem sie ihre Familienpolitik ausrichtet. Weiter will sie der Auflösung der Geschlechterrollen entgegentreten. Sie fordert, Lehre und Forschung im Bereich der Genderstudies nicht weiter zu fördern, spricht von „Gender-Ideologie“ und lehnt gendergerechte Sprache ab, ebenso wie Gleichstellungsbeauftragte. (ebd., S. 154) Sie negiert damit, dass die Gesellschaft an vielen Stellen ungleich strukturiert ist. So verdienen Männer beispielsweise für die gleiche Arbeit im Durchschnitt mehr Geld als Frauen. Ihre Forderungen kleidet die AfD in populistische Sprache, wenn sie von „Klimahysterie“ oder „Genderwahn“ als „politische Ideologie“ spricht. Kinder sollten dabei nicht beeinflusst werden, das sei „bereits im Dritten Reich und in der DDR in großem Stil praktiziert“ worden. (ebd., S. 113) Die Gleichsetzung zwischen der Indoktrination im Nationalsozialismus und Unterrichtseinheiten, die über sexuelle Vielfalt und Gender aufklären, stellt dabei eine offensichtliche Relativierung der NS-Verbrechen dar.

Durch das gesamte Wahlprogramm der AfD zieht sich die Betonung des Nationalen. Eine nationale Währung solle wieder eingeführt (ebd., S. 50) und statt einer „Transferunion“ solle die Europäische Union in einen „Staatenbund souveräner Staaten“ zurückgeführt werden. (ebd., S. 29) Die AfD operiert hier mit dem einst vom französischen Staatspräsidenten de Gaulle geprägten Slogan vom „Europa der Vaterländer“, heute ein Europakzept, das insbesondere bei der „Neuen Rechten“ Anklang findet. (vgl. apabiz 2020) Die AfD führt als Begründung unter anderem an, dass es scheitern müsse, wenn „aus [...] 27 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen ein[en] wie auch immer ausgestalteter[n] Gesamtstaat“ gebildet werden solle. (AfD, 2021, S. 28) Weiter fordert die Partei, in typisch rechtspopulistischer Inszenierung als eine gegen die „korrupten Eliten“ gerichtete vermeintliche „Bewegung von unten“, Volksentscheide nach Schweizer Modell. „Wir

⁵ Beckamp selbst behauptet, die IB nicht finanziell unterstützt zu haben und sich stets an den Unvereinbarkeitsbeschluss „beziehungsweise auch sonstige Regelungen innerhalb meiner Partei“ gehalten zu haben. (zitiert nach Klaus 2012)

vertrauen nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur Energiewende tragfähige Lösungen finden. Das Volk als Souverän muss in direkter Mitbestimmung Träger solcher schicksalhaften Entscheidungen sein.“ (ebd., S. 14). Hier finden sich auch Parallelen zu dieBasis (s.u.), die sich aus dem „Querdenker*innen-Milieu“ gegründet hat.

Im Bereich der Energie- und Klimapolitik setzt die AfD auf Kernkraft sowie Gas- und Kohlekraftwerke, will den motorisierten Individualverkehr schützen, indem sie sich gegen eine „ideologisch geleitete Verbotspolitik“ stemmt, die „bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert.“ (ebd., S. 188) Die AfD bezweifelt, „dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich“ sind. (ebd., S. 175) Für die Partei stellt die Mehrheit der wissenschaftlichen Studien zum Klimawandel demnach nur Propaganda dar. Im Wahlprogramm wird auch „The Great Reset“ und der „damit verbundene[n] Gesellschaftsumbau“ erwähnt. (ebd., S. 174) Bei dem „Great Reset“ handelt es sich um eine Verschwörungserzählung, die in der Pandemie Hochkonjunktur erlebt hat. Demnach „plane eine globale Finanzelite eine neue Weltwirtschaftsordnung und begründe das durch die Covid-19 Pandemie.“ (Bayrischer Rundfunk 2021)

Gesellschaftspolitisch beschwört die AfD die „deutsche Leitkultur“ gegenüber dem angeblich zu „Parallelgesellschaften“ führenden „Multikulturalismus“ (AfD 2021, S. 158). Auch fordert sie, nur „qualifizierte Einwanderung“ (ebd., S. 91) zuzulassen. Sie lehnt den Familiennachzug für geflüchtete Menschen ab und setzt sich für eine umgehende Abschiebung von abgelehnten Asylbewerber*innen ein. (vgl. ebd., S. 94-95). Die AfD möchte die Grenzen schließen und sieht Zuwanderung unter anderem als Bedrohung der „kulturellen Identität Deutschlands“. Weiter heißt es im Wahlprogramm: „Das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt.“ (ebd., S. 101). Damit vertritt die AfD die Idee eines ethnisch und kulturell homogenen Volkes und propagiert damit letztlich das Konstrukt einer „Volksgemeinschaft“. (vgl. bspw. Wildt 2017) Die völkisch-nationalistische Partei maßt sich an, zu entscheiden, wer als „deutsch“ und somit zugehörig gilt. Sie verkennt die gelebte Realität, die durch eine vielfältige und diverse Gesellschaft charakterisiert ist.

Wahlkampf

Die AfD war auch bei dieser Bundestagswahl online und offline präsent. Letzteres zeigte sich sowohl durch die Plakatierung der Städte und Ballungsräumen mit AfD-Wahlwerbung, als

auch in Form von Wahl- und Infoständen. So fand am 2. September in Leverkusen Wiesdorf ein Halt der „Kandidatentour“ statt. Mit von der Partie waren Rüdiger Lucassen, Matthias Helferich, Martin Renner und Stefan Keuter. In Köln fanden über 17 Wahlstände der Partei statt. Auch in Leverkusen und Bonn wurden mehrere Wahlstände durchgeführt. In den restlichen Kreisen und kreisfreien Städten des RB Köln war die AfD im Rahmen des Wahlkampfes ebenso mit Info- und Wahlständen vertreten, jedoch liegen der MBR Köln keine genauen Angaben über die Anzahl vor.

In Köln fanden häufig mehrere Wahlstände an einem Tag statt. Dies zeigte sich beispielsweise am 11. September. Hier war die AfD mit vier Personen für kurze Zeit in Flittard auf einem Aldi-Parkplatz anzutreffen. Im Anschluss fand ein Wahlstand in Stammheim statt. Hier positionierten sich die AfDler*innen für etwa eine halbe Stunde direkt neben dem Eingang zu einem Friedhof. Von Besucher*innen des Friedhofs gab es teilweise Beschwerden über Pietätlosigkeit. In Porz gab es ebenfalls ein Wahlstand der AfD. Einer der diesen Stand Betreuenden ließ sich immer wieder auf „Schreiduelle“ mit Gegendemonstrant*innen ein, sprach von einer „roten SA“ und beschimpfte die Protestierenden.

Die als eine Art „Highlight“ angekündigte Wahlkampfveranstaltung am 14. September war ursprünglich in Chorweiler geplant und musste laut Aussage der Polizei wegen der Sicherheitslage umziehen. Die Veranstaltung fand letztendlich auf dem Kölner Neumarkt statt, es waren lediglich rund fünfzehn Sympathisant*innen anwesend. Hier wurde eine aufklappbare Bühne aufgebaut, die unter anderem Rüdiger Lucassen, Vorsitzender der AfD NRW, für seine Rede nutzte. Im Mittelpunkt stand die Impf-Thematik. Es dürfe keinen Impfwang geben, so Lucassen.

Der Wahlkampf fand nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Sozialen Medien statt. Beispielsweise bespielte die AfD Köln rege ihren Telegramkanal. So wurden die Kandidat*innen der Landesliste NRW frühzeitig vorgestellt (schon am 24. Mai 2021), Wahlkampfauftritte beworben und neben Punkten des eigenen Wahlprogramms Textnachrichten wie „Wegen dieser 4 Gründe sollte Olaf Scholz (SPD) nie Kanzler werden“ (vom 4. September) geteilt. Auch auf Facebook betrieb die Kölner AfD Wahlkampf. Hier wurden immer wieder Posts der Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alice Weidel geteilt und teilweise auch kommentiert. Beispielsweise am 21. September, als die Kölner AfD mit einem Retweet von Alice Weidels Auftritt bei „hartaberfair“ postete: „Mehr Netto vom Brutto in einem normalen Deutschland! Das gibt es nur mit der #AfD! #Deutschlandabernormal #Weidel“. Weiter wurden Fotos von Wahlständen gepostet und die Forderungen der AfD verbreitet. Der YouTube-Kanal der AfD Köln wurde hingegen weniger bespielt. Hier wurden nur drei Videos („Aktuelle Ereignisse in Köln“,

„NRW wählt AfD“ und „Mein Diskussionsangebot an die Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule in Leverkusen!“ im Vorlauf der Wahl hochgeladen.

Eine Besonderheit stellte die Kampagne der Initiative „Russlanddeutsche für die AfD“ für den Kandidaten Eugen Schmidt dar, die gezielt russischsprachige Wähler*innen ansprach. Eine großformatige Werbeanzeige auf dem Titelblatt der Gratis-Zeitschrift „Telegraph“ NRW hat lag unter anderem in der Finkenberger Filiale der Kette Mix Markt aus.

Ergebnisse

Die AfD zog letztlich mit 10,3% in den Bundestag ein. Damit verzeichnete die Partei einen Verlust von 2,3 Prozentpunkten im Vergleich zur Bundestagswahl 2017. In NRW hat die Partei ebenfalls einen Verlust von 2,2 Prozentpunkten vorzuweisen und kommt auf 7,3% der Zweitstimmen.

Von der NRW-Landesliste wurden die ersten zwölf Kandidaten gewählt. So sind sowohl Roger Beckamp als auch Matthias Helferich nun im Bundestag anzutreffen. Beckamp trat im Wahlkreis 098 – Rhein-Sieg-Kreis II als Direktkandidat an und konnte 5,9% der Stimmen auf sich vereinen. Damit verzeichnet die AfD in diesem Wahlkreis bei den Erststimmen ein Verlust von 2,5 Prozentpunkten im Gegensatz zu 2017.

Die schlechtesten Ergebnisse erhielt die AfD in den Wahlkreisen 087 - Aachen I (3,8% der Erst- und 3,9% der Zweitstimmen) und 094 - Köln II (2,7% der Erst- und 2,9% der Zweitstimmen).⁶ Allerdings gibt es auch Ergebnisse, auf die sich ein genauerer Blick lohnt: Im Stadtteil Vingst bekam der Direktkandidat der AfD, Fabian Jacobi⁷, 12,47% der Erst- und die AfD 11,17% der Zweitstimmen. Im Wahlbezirk 80306 (in Vingst) konnte Jacobi das zweitbeste Ergebnis mit 22,96% (62 Stimmen) erzielen. Das Gleiche galt auch für die Zweitstimmen (19,92% = 53 Stimmen). Im Stadtteil Finkenbergr wurde die AfD mit 13,12% von 191 Personen gewählt. Jacobi erhielt 13,71% und demnach 198 Stimmen. Im Wahlbezirk 71602 (in Finkenbergr) war die AfD bei der Bundestagswahl 2017 mit 24,81% der Zweitstimmen noch die stärkste Partei. Diesen Rang verlor sie bei dieser Bundestagswahl und ist mit ihren erzielten 20,56% nur noch drittstärkste Partei in diesem Wahlbezirk. Trotzdem ist der Zuspruch für die AfD hier immer noch sehr hoch – auch wenn es zu berücksichtigen gilt, dass hohe re-

⁶ In Köln II erhielt die AfD zusammen mit Münster ihr bundesweit schlechtestes Ergebnis.

⁷ Fabian Jacobi kandidierte auf der NRW-Landesliste auf Platz 3 und zieht in den Bundestag ein.

lative Ergebnisse nicht zwangsläufig hohe Zahlen in Bezug auf die absoluten Ergebnisse bedeuten. So benötigte Fabian Jacobi für 21,08% im benannten Finkenberger Wahlbezirk beispielsweise nur 74 Stimmen und lag damit 2 Prozent (7 Stimmen) hinter der CDU zurück.

In den Kölner Stadtteilen Worringen, Seeberg, Dünnwald, Eil, Elsdorf, Bocklemünd/Mengenich, Lind, Merkenich, Meschenich, Ostheim, Seeberg, Stammheim Wahnheide und Urbach liegt die AfD konstant über 8% und damit über Landesdurchschnitt. In einigen Stadtteilen wie Flittard (10,20), Lindweiler (10,41%), Neubrück 10,61%), Volkhofen/Weiler (10,74 %), Gremberghoven (10,77%), Blumenberg (11,04%) oder Chorweiler (13,60%) fuhr die AfD trotz Verlusten von durchschnittlich etwa 2,5 % bei den Zweitstimmen ein zweistelliges Ergebnis ein. In Chorweiler erzielte die AfD, wie bereits zur Bundestagswahl 2017, ihr bestes Ergebnis in Köln. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass ein relativ hohes Ergebnis nicht immer viele absolute Stimmen bedeuten. Auffällig ist, dass die Wahlbeteiligung für das Kölner Stadtgebiet in Chorweiler mit 43,93 % am geringsten ausfällt. Im Gegensatz zu 2017 ging sie sogar um 1,84% zurück. Auch in Vingst lag die Wahlbeteiligung mit 53% nicht besonders hoch, stieg allerdings um 0,52% an – und trotzdem gab es ein gutes AfD-Ergebnis. Insgesamt kann konstatiert werden: In einigen Stadtteilen, in denen die AfD eine hohe Stimmzahl erreichen konnte, gab es zwar eine niedrige Wahlbeteiligung⁸, dieser Zusammenhang ist allerdings nicht überall feststellbar.

AfD-Landeschef Rüdiger Lucassen holte in seinem Wahlkreis 092 – Kreis Euskirchen/ Rhein-Erft-Kreis II als Direktkandidat 7,91% der Erststimmen. Auch hier ist ein Verlust von 1,6 Prozentpunkten gegenüber 2017 zu verzeichnen. Im Wahlkreis 092 erzielte die AfD ihr bestes Ergebnis in Euskirchen, mit 9,30% der Zweitstimmen. Im Kreis Heinsberg holte die AfD in Hückelhoven und Übach-Palenberg ihre besten Ergebnisse, im Kreis Düren waren es die Gemeinden Aldenhoven und Niederzier sowie die Stadt Düren. Dort erzielte die Partei im Regierungsbezirk Köln ihr zweitbestes Ergebnisse und bleibt mit 8,5% der Erststimmen (-0,4% im Vergleich zur Wahl 2017) und 8,7% der Zweitstimmen (-1,0% im Vgl. zur Wahl 2017) über dem NRW-Durchschnitt. Im Wahlkreis 099-Oberbergischer Kreis konnte die AfD das beste Ergebnis im Regierungsbezirk Köln für sich verbuchen. Sie erhielt 9,5% der Erststimmen, was einen Verlust von 0,6 Prozentpunkten gegenüber 2017 ausmacht, und 9,6% der Zweitstimmen. Bei diesen beläuft sich der Verlust auf einen Prozentpunkt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die AfD in allen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Köln im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 Prozentpunkte verloren und somit schlechter

⁸ Schon bei der Bundestagswahl 2017 hatte die AfD dort überdurchschnittliche Anteile in den Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung.

abgeschnitten hat. Trotzdem bewegen sich die Ergebnisse im Weitesten um den NRW-Durchschnitt von 7,1% der Erst- und 7,3% der Zweitstimmen herum. Die AfD hat sich demnach trotz Stimmenverlust auch im RB Köln als Partei etabliert.

Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)

Die relativ junge Partei *Die Basisdemokratische Partei Deutschland* (dieBasis) gründete sich im Juli 2020 aus Protest gegen die Corona-Schutzverordnung und ist „im Umfeld der Querdenker-Bewegung zu verorten.“ (Schmitz-Vardar 2, 2021) Sie trat bereits zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (knapp unter 1%) und in Sachsen-Anhalt (1,5%) im Jahr 2021 an. Nach Eigenangaben setzt sich die Partei aus 25.000 Mitgliedern zusammen. (vgl. tageschau 1, 2021) Zur Bundestagswahl 2021 trat dieBasis in allen Kreisen und kreisfreien Städten im Regierungsbezirk Köln mit Direktkandidat*innen an.

Die Nähe zu Verschwörungserzählungen zeigt sich unter anderem darin, dass auf Wahlveranstaltungen der Partei auch ein Flyer des „Querdenken-Wortführers“ Bodo Schiffmann mit dem Titel „Die AHA-Formel für die Freiheit!“ verteilt wurde. Hier wird beispielsweise auf Personen wie Samuel Eckert (der bei vielen „Querdenken“-Veranstaltungen als Redner auftrat), Wolfgang Wodarg und den Verschwörungsideologen Oliver Janich verwiesen. Doch auch die von der Partei selbst hergestellten Veröffentlichungen weisen problematische Inhalte auf. In dem Flugblatt „Alle 8 Minuten findet ein Nichtwähler zur Basis“ ist die Rede davon, dass man über „das Thema Verfassung und Souveränität reden“ müsse. Diese Formulierung ist insbesondere im Reichsbürger*innen-Milieu weit verbreitet. Dabei wird auf die Vorstellung verwiesen, die BRD sei kein souveräner Staat. Auch das vermeintliche Engagement von dieBasis für „echte Meinungsfreiheit“ suggeriert, die Bundesrepublik Deutschland sei keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Dabei durfte selbstverständlich auch dieBasis während des Wahlkampfes all ihre Forderungen öffentlich verkünden, eine staatliche Repression oder Einschränkung der Meinungsäußerung war dabei zu keinem Zeitpunkt zu befürchten.

In einer anderen Veröffentlichung von dieBasis heißt es: „Wir sind gegen Impf-Apartheid und gegen indirekte Zwangsimpfungen, d.h. gegen JEGLICHE soziale Ausgrenzung Ungeimpfter.“ Mit der Verwendung des Begriffes Apartheid werden die Folgen von Rassismus relativiert und eine freiwillige Entscheidung zur Impfung mit einer Form der Diskriminierung gleichgesetzt, auf die die Betroffenen keinen Einfluss haben. Die Corona-leugner*innen- bzw. „Querdenker*innen“-Apologetik wird auch in der Aussage deutlich, dass eine Impfung für Kinder eine „DEUTLICH größere Gefahr als die Erkrankung selbst“ sei oder in der (nicht näher

erläuterten) Forderung nach „Wiederherstellung der Grund- und Freiheitsrechte für Geimpfte und Ungeimpfte“.

Wahlprogramm

Ein eigenes Bundestagswahlprogramm hatte die Partei zur Bundestagswahl noch nicht ausgearbeitet. Vielmehr verweist sie auf ihr Rahmenprogramm und das dort beschriebene Leitbild. Letzteres setzt sich aus vier Säulen zusammen: Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit, Schwarmintelligenz. Unter Freiheit versteht die Partei „dass alle mündige Menschen bei Entscheidungen, die sie betreffen, ein faires Mitspracherecht haben.“ (dieBasis, o.J., S. 1). Wie sich schon aus dem Parteinamen rückschließen lässt, fordert dieBasis „auf allen politischen Ebenen [...] die Möglichkeit direkter, basisdemokratischer Mitbestimmung“ (ebd., S.2). Weiter soll „die Weisheit der Vielen in konkrete Politik“ verwandelt werden. (ebd., S. 1) Expert*innenwissen alleine reiche oft nicht aus, um Probleme in ihrer Gesamtheit zu erkennen und zu lösen. In ihrem Rahmenprogramm stellt die Partei fest: „Von jeder Form extremistischer Bestrebungen, die die freiheitlich-demokratische Ordnung untergraben, grenzen wir uns eindeutig und entschieden ab und versuchen diese aktiv zu verhindern.“ (ebd.) Weiter setzt sie sich nach Eigenangaben gegen jede Form von Diskriminierung ein und fordert eine „innere und äußere Sicherheit Deutschlands [...], ohne [das] Land für Einwanderer abzuschotten“. (ebd., S. 2)

Insgesamt lässt sich die Gefahr von dieBasis nicht aus der Programmatik ablesen, sondern vielmehr aus der Verbreitung von Falschinformationen und der Nähe zu Verschwörungsmithen.

Wahlkampf

DieBasis war während des Wahlkampfes durch Wahlplakate im Bild vieler Städte und Gemeinden präsent. Darüber hinaus führte sie beispielsweise in der kreisfreien Stadt Aachen wöchentlich und in Köln im Zeitraum vom 4. bis zum 24. September einige Wahlstände durch. Dafür suchten sie sich öffentlichkeitswirksame Orte, wie den Kölner Dom, die Schildergasse, den Wiener Platz oder den Chlodwigplatz. Funktionär*innen von dieBasis nahmen an Veranstaltungen mit Kundgebungscharakter teil, die aus der verschwörungsideologischen Szene organisiert wurden.

Ergebnisse

In NRW erhielt dieBasis 1,1% der Erststimmen. Somit gaben 111.520 Wähler*innen den Direktkandidat*innen ihre Erst-, 98.951 Wähler*innen ihre Zweitstimme (1,0%). In den meisten Wahlkreisen im RB Köln bewegen sich die Ergebnisse von dieBasis um den NRW-Schnitt herum. Im Wahlkreis Aachen II sticht die Stadt Roetgen mit 2,13% für dieBasis hervor, im Kreis Düren ist es Heimbach mit 1,55%. Die besten Ergebnisse im RB Köln erzielte dieBasis im Oberbergischen Kreis. Hier konnte sie 1,8% der Erststimmen (2.847 Wähler*innen) und ebenfalls 1,8% der Zweitstimmen (2.805 Wähler*innen) einheimsen. Im Wahlbezirk 097 – Rhein-Sieg-Kreis I holte dieBasis 1,6% (2.938 Wähler*innen) der Erst- und 1,4% (2.577 Wähler*innen) der Zweitstimmen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis gaben 2.455 Wähler*innen und somit 1,4% der Partei ihre Erststimme und 2.226 Wähler*innen (1,3%) ihre Zweitstimme. In Köln erhielt die Partei im Wahlbezirk 101 – Leverkusen-Köln IV mit 1,5% (2.222 Wähler*innen) die meisten Erststimmen. Bei den Zweitstimmen erhielt dieBasis hier 1,1% (1.715 Wähler*innen).

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die 1964 gegründete *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) vertritt rassistische, antisemitische und antidemokratische Positionen und verfolgt eine Politik, die auf einem „homogenen Staatsvolk“ als „Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ basiert. 2017 scheiterte zwar das Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht, jedoch hielten die Richter fest, dass die Partei verfassungsfeindliche Ziele verfolge und ihr Konzept wesensverwandt mit der Ideologie des Nationalsozialismus sei. Seit Jahren schon versinkt die NPD immer mehr in der Bedeutungslosigkeit, was sich auch in der sinkenden Mitgliederzahl zeigt. Im Jahr 1969 hatte die Partei noch um die 28.000 Mitglieder (vgl. tagesschau 2, 2021), momentan sind es angeblich nur noch etwa 3.500.

Wahlprogramm

Auf ihrer Website veröffentlichte die NPD ihr Programm zur Bundestagswahl. Damit rekurrierte sie nicht nur auf klassische rechtsextreme Themen, sondern versuchte ebenso auf aktuell geführte gesellschaftliche Debatten um die Corona-Pandemie einzugehen. Unter der Überschrift „Unsere Freiheit ist unverhandelbar“ heißt es, dass Corona sich als „Brandbeschleuniger auf dem Weg in die Meinungsdictatur“ erweise. (NPD, o.J.) Die Partei lehnt eine „Corona-Impfpflicht und eine Zweiklassengesellschaft“ ab. Diese Forderung wird mit der Verschwörungserzählung verknüpft, dass die FFP2-Maskenpflicht erst eingeführt worden sei, als

Politiker*innen sich an den Masken eine „goldene Nase“ hätten verdienen können. Weiter spricht sich die NPD gegen gendergerechte Sprache aus.

Selbstverständlich wird gegen Globalisierung und EU agitiert. „Deutschland den Deutschen! Zahlungen an den EU-Moloch stoppen!“ heißt es bei der extrem rechten Partei. Den Herbst 2015 beschreibt sie als „gesetzes- & verfassungswidrige[n] Grenzöffnung“ und ruft mit Slogans wie „Millionen an ‚Flüchtlingen‘ [haben] unser Land heimgesucht“ menschenverachtende Tierassoziationen auf. Weniger subtil spricht sich die NPD gegen „ethnische Überfremdung“ Deutschlands durch Einwanderung und gegen eine vermeintliche „kulturelle Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung“ aus. Weiter lehnt die Partei gleichgeschlechtliche Eheschließungen ab und fordert in „stark überfremdeten Ballungsgebieten“ einen „getrennten Unterricht für deutsche und ausländische Kinder“. (vgl. Schmitz-Vardar 1, 2021)

Wahlkampf

Während des Wahlkampfes zu Bundestagswahl 2021 führte die NPD mindestens drei Wahlstände in Köln durch. So war die Partei am 17. September in Köln-Vingst, am 18. September in Heimersdorf und am 25. September in Höhenberg anzutreffen. Die Wahlplakate der NPD fielen von der Anzahl her nicht ins Gewicht. Am Wiener Platz war auf einem Plakat folgender Slogan zu lesen: „Liebe Antifa-Kinder, immer wenn ein NPD-Plakat abgerissen wird, stirbt ein Einhorn“. Auch im Internet waren lokale Akteur*innen der NPD kaum aktiv.

Ergebnisse

Allgemein kommt den Nationaldemokraten in NRW ein Nischendasein zu, nur in Heinsberg und im Rhein-Sieg-Kreis besteht ein mehr oder weniger aktiver Kreisverband. In letzterem ist auch die stellvertretende Landesvorsitzende Ariane Meise beheimatet. Trotzdem bekam die NPD im Rhein-Sieg-Kreis I und II nur 0,1% der Zweitstimmen. Im Kreis Heinsberg (insg. 0,1%) lagen die Ergebnisse der Partei jedoch teilweise deutlich über dem NRW-Schnitt. Hier ist beispielsweise Hückelhoven zu nennen, wo die Partei 0,28% erzielte.

Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die NPD in NRW 0,1% der Stimmen, sie konnte 8.959 Wähler*innen für sich gewinnen. Im Vergleich zu Bundestagswahl 2017 verliert die Partei 0,1 Prozentpunkte. Im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Oberbergischen Kreis und im Wahlkreis 088-Aachen II bekam die NPD ebenfalls 0,1% der Zweitstimmen. Ebenso wie in Köln I (76 Wähler*innen) und in Leverkusen-Köln IV (123 Wähler*innen). In Inden (Kreis Düren) konnte

die Partei 0,19% der Stimmen auf sich vereinen und im Rhein-Erft-Kreis I schnitt die Partei in Elsdorf, Bedburg, Hürth und Kerpen überdurchschnittlich ab. 0,1% der Zweitstimmen konnte die NPD auch im Kreis Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II für sich verzeichnen.

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen (Volksabstimmung)

Die Partei *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen* (Volksabstimmung) wurde 1997 gegründet und kann dem nationalkonservativen oder rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden. Die *Volksabstimmung* wurde bis ins Jahr 2006 mehrere Jahre lang im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht erwähnt.

Wahlprogramm

Die Partei verfolgt in erster Linie das Ziel, nach Schweizer Vorbild Volksabstimmungen für zentrale Themen der Politik auf Bundesebene einzuführen. Sie vertritt ein traditionelles Familienbild und setzt sich für eine restriktive Einwanderungspolitik ein. In ihren Wahlaussagen zur Bundestagswahl ist von „Zuschauerdemokratie“ die Rede, den etablierten Parteien wird unterstellt „grundsätzlich Lobby-Interessen (Banken-, Pharma-, Energie-, Waffen-, Corona-Lobby, ...)“ zu bedienen. (Fleck 2, 2021) Weiter heißt es bei der *Volksabstimmung* faktenwidrig, dass die Maskenpflicht „unserer Gesundheit durch die Rückatmung von CO₂“ schade. Im Grundsatzprogramm der Partei wird im Reichsbürger*innen-Jargon das Ende der „Bevormundung durch fremde Mächte oder Organisationen“ gefordert, die „ein freies Volk wie Deutschland nicht ertragen müsse“. (ebd.)

Die Kleinstpartei ist im Regierungsbezirk Köln lediglich im Rhein-Sieg-Kreis aktiv. Der Vorsitzende des dortigen Kreisverbandes, Helmut Fleck, ist gleichzeitig auch Bundesvorsitzender und war im Rhein-Sieg Kreis I wählbar. Fleck und Andreas Frick, der für den Rhein-Sieg-Kreis II antrat, bewarben im Rahmen des Wahlkampfes auch Bücher mit Titeln wie „Die Lüge der Klimakatastrophe... und wie der Staat uns damit ausbeutet. Manipulierte Angst als Mittel zur Macht“ (vgl. Fleck 2, 2021) und zeigten damit ebenso eine Nähe zu Verschwörungsideologien.

Wahlkampf

Die Partei trat während des Wahlkampfes der Einschätzung der MBR Köln nach nicht nennenswert in Erscheinung – weder auf der Straße, noch im Internet.

Ergebnisse

Bei der Bundestagswahl 2021 kommt die Partei im Rhein-Sieg-Kreis I auf 0,3% der Erststimmen (601 Wähler*innen). Damit weist sie einen Verlust von 2,7% im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 auf. Da die Partei nur mit einem Direktkandidaten wählbar war, konnte sie keine Zweitstimmen für sich gewinnen. Im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II trat die Partei ebenfalls nur mit einem Direktkandidaten an, der ebenfalls 0,3% der Erststimmen (484 Wähler*innen) bekam. In ganz Nordrhein-Westfalen war die Anzahl der Stimmen so gering, dass sie in den offiziellen Statistiken rechnerisch mit 0,0 Prozent ausgewiesen werden. Damit verweilt sie in der Bedeutungslosigkeit.⁹

⁹ Jedoch erzielte die Volksabstimmung bei der Kommunalwahl 2020 1,68% der Stimmen in Siegburg und erhielt dadurch einen Sitz im Rat der Stadt.

3. Weitere Parteien

Weitere zur Bundestagswahl 2021 angetretene Parteien im RB Köln

Zur Bundestagswahl 2021 traten auch Parteien an, die nicht explizit dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, die jedoch in Teilen Überschneidungen zu rechten Ideologieelementen aufweisen.

Beispielsweise vertritt *Bündnis C – Christen für Deutschland* antifeministische Positionen. In ihrem Wahlprogramm fordert die Partei unter der Überschrift „Recht auf Leben und Freiheit wiederherstellen“ das Verbot von Abtreibungen und Leihmutterchaften. (*Bündnis C – Christen für Deutschland*, 2021, S. 4) Weiter will sie das „traditionelle“ heterosexuelle Familienbild fördern und schreibt: „Die Familie aus der Ehe von Mann und Frau und deren Kindern ist die grundlegende soziale Einheit, aus der alle anderen Beziehungen in der Gesellschaft hervorgehen.“ (ebd., S. 6) Sie lehnt nicht nur die Homo-Ehe ab, sondern spricht sich allgemein gegen Homosexualität aus. Die Offenheit gegenüber dem rechten Fundamentalismus wird auch bei der Forderung „Familien Mainstreaming statt Gender Mainstreaming“ deutlich. Eigentlich bedeutet Gender Mainstreaming eine Strategie, die versucht, die Interessen von Frauen und Männern gleichberechtigt zu berücksichtigen. Von rechten Akteur*innen wird der als „Genderismus“ oder „Gender Gaga“ diffamierte Ansatz oft als Ausdruck einer angeblichen „Tyrannei der political correctness“ markiert. So wundert es nicht, dass das *Bündnis C* „Wissenschaftlichen Diskurs statt politische[r] Korrektheit“ fordert (ebd., S. 12) und Lehrstühle zu Gender Studies schließen möchte. Ebenfalls unter diesem Punkt setzt sich die Partei dafür ein, die „Schöpfungs- und Evolutionslehre gleichwertig [zu] behandeln“. Beim Asylrecht spricht die Partei sich zwar für dessen Erhaltung aus, betont aber auch, die „Grenzen nationaler Toleranz gegenüber Einwanderung [zu] respektieren“. Denn, so die Argumentation, „eine Zwangssolidarisierung der Gesellschaft ist zum Scheitern verurteilt“. (ebd., S. 18) Das *Bündnis C* hat sich im Frühjahr 2015 durch den Zusammenschluss der christlich-fundamentalistischen Parteien *Bibeltreuer Christen* und *AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie – Christen für Deutschland* gegründet. Sie fühlt sich den christlichen Grundsätzen verpflichtet und richtet sich nach einem biblischen Menschenbild aus (vgl. Glodmann, 2021). In NRW erhielt das *Bündnis C* 0,1 Prozent der Stimmen.

Die Partei *Liberal-Konservative Reformer* (LKR) hat sich 2015 gegründet, jedoch trägt sie erst seit November 2017 ihren derzeitigen Namen. Die Gründung geht auf Differenzen innerhalb der AfD zurück, beteiligt war unter anderem der ehemalige AfD-Bundessprecher Bernd Lucke. Die LKR richten sich in ihrem Wahlprogramm wirtschaftsliberal und konservativ aus,

setzen im Bereich der Klima- und Umweltpolitik auf die Regulierung durch die Märkte und den Wettbewerb. Die Partei lehnt den Euro in seiner jetzigen Form ab und möchte die direkte Demokratie stärken und fördern. (vgl. Hebestreit, 2021) Die Partei sieht die Familie als „Keimzelle unserer Gesellschaft“ (Liberal-Konservative Reformer, 2021, S. 22) und ist davon überzeugt, dass „eine funktionierende Familie mit Mutter, Vater und Kindern das Idealbild ist“. Jedoch sei „dieses optimale Umfeld“ nicht immer „gewährleistet“. (ebd.)

Die Kunst sei nicht auf politische Korrektheit zu verpflichten (ebd., S. 28), der Genderforschung sei jegliche staatliche Förderung zu entziehen, eine gendergerechte Sprache sei eine „Vergewaltigung“. (ebd.) Obwohl die Partei ihre Forderungen öffentlich vertreten und propagieren kann, redet sie davon, dass „faktisch jedoch [...] bei manchen kontroversen Themen eine verdeckte Einschränkung der Meinungsfreiheit [existiert].“ (ebd., S. 29) Auch diese Ansicht teilt die Partei mit rechten Akteur*innen. In gesamt NRW erhielten die LKR gerade einmal 2322 Stimmen, was rechnerisch 0,0 Prozent bedeutet.

Weitere extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im RB Köln

Im Regierungsbezirk Köln gibt es Parteien, die dem rechtspopulistischen bis neonazistischen Spektrum zuzuordnen sind, jedoch nicht zur Bundestagswahl 2021 antraten. Hier sind vor allem die Parteien *Die Rechte* und der *Aufbruch Leverkusen* zu nennen.¹⁰ Die Kleinstpartei *Die Rechte* gründete sich im Jahr 2012. Ein Jahr später bildeten sich auch in NRW Parteistrukturen, die unter anderem als Auffangbecken für Aktivist*innen aus den im August 2012 verbotenen Kameradschaften dienen. Im Regierungsbezirk Köln ist vor allem der Kreisverband Rhein-Erft aktiv. Mitglieder der Partei fielen in der Vergangenheit durch Delikte wie Volksverhetzung und Körperverletzung auf. Die Partei bezieht sich immer wieder auf den historischen Nationalsozialismus, achtet jedoch darauf, knapp an der Strafbarkeit vorbeizuschrammen.

Der *Aufbruch Leverkusen* ist eine Leverkusener Initiative rund um Markus Beisicht (ex-Vorsitzender von *pro NRW*). Die Partei kann als Nachfolgeorganisation der nicht mehr existenten *Pro-Bewegung* bezeichnet werden. Sie macht immer wieder durch Demonstrationen, Kundgebungen, Bürger*innengesprächen und Handzettelaktionen von sich reden. Hier fällt sie mit rassistischer und antimuslimischer Hetze sowie gängigen rechten Argumentationslinien auf.

¹⁰ Die Partei Der III. Weg machte zwar im Wahlkampf mit menschenverachtenden Plakaten wie „Hängt die Grünen“ auf sich aufmerksam, kann im RB Köln jedoch keine aktiven Strukturen aufweisen.

Trotz des Namens ist die Partei über die Stadtgrenzen Leverkusens hinaus vernetzt. So finden immer wieder Veranstaltungen statt, in denen zum Beispiel André Poggenburg (ehemaliger Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt) als Unterstützer auftritt.

Die 1986 gegründeten *Die Republikaner* waren einst die bundesweit stärkste Kraft am rechten Rand. Die Partei versinkt jedoch immer weiter in die Bedeutungslosigkeit und tritt im Regierungsbezirk Köln so gut wie gar nicht mehr in Erscheinung.

Auch die 2013 ins Leben gerufene Partei *Deutsche Mitte* tritt im Regierungsbezirk Köln nicht mehr nennenswert in Erscheinung. Zur Bundestagswahl 2017 war sie mit einem Kurzprogramm angetreten, das die Begrenzung von Einwanderung sowie die Aufnahme von Geflüchteten durch eine gezielte Auswahl forderte. Weiter setzte sie sich für ein Grundeinkommen ein, das lediglich deutschen Staatsbürger*innen zustehen sollte. Außerdem fiel die Partei immer wieder durch verschwörungsideologische Ansätze auf, sprach von „den Lügenmedien“ und bediente sich antisemitisch konnotierter Bilder.

4. Darstellung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Tabellarische Ergebnisse

Ergebnisse zur Bundestagswahl 2021 BRD¹¹:

	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweistimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
Wahlbeteiligung	76,6% (46.838.765)	+0,4%	76,6% (46.838.765)	+0,4%
CDU	22,5% (10.445.571)	-7,7%	18,9% (8.770.980)	-7,9%
CSU	6,0% (2.787.904)	-1,0%	5,2% (2.402.826)	-1,0%
SPD	26,4% (12.228.363)	+1,8%	25,7% (11.949.756)	+5,2%
GRÜNE	14% (6.465.502)	+5,9%	14,8% (6.848.215)	+5,8%
DIE LINKE	5,0% (2.306.755)	-3,6%	4,9% (2.269.993)	-4,3%
FDP	8,7% (4.040.783)	+1,7%	11,5% (5.316.698)	+0,7%
AfD	10,1% (4.694.017)	-1,3%	10,3% (4.802.097)	-2,3%
NPD	0,0% (1.089)	-0,1%	0,1% (64.608)	-0,2%
dieBais	1,6% (734.621)	-	1,4% (628.432)	-
Volksabstimmung	0,0% (1.085)	-	-	-
III.Weg	0,0% (513)	-	0,0% (7.830)	-

Ergebnisse zur Bundestagswahl 2021 in NRW¹²:

	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweistimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
Wahlbeteiligung	76,4% (9.962.420)	+1,0%	76,4% (9.962.420)	+1,0
CDU	30,1% (2.973.404)	-8,1%	26,0% (2.566.856)	-6,7%
SPD	31,1% (3.068.510)	-0,2%	29,1% (2.880.012)	+ 3,2%
GRÜNE	15,2% (1.130.066)	+8,7%	16,1% (1.587.039)	+8,5%
DIE LINKE	3,2%	-3,2%	3,7%	-3,8%

¹¹ <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html> (abgerufen am 29.09.2021)

¹² <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-5.html> (abgerufen am 29.09.2021)

	(317.845)		(366.918)	
FDP	8,6% (851.310)	+0,6%	11,4% (1.130.066)	-1,7%
AfD	7,1% (705.072)	-1,0%	7,3% (717.479)	-2,2%
NPD	-	-	0,1% (8.959)	-0,1%
dieBais	1,1% (111.520)	-	1,0% (98.951)	-
Volksabstimmung	0,0% (1.085)	-0,1%	-	-0,1%

Thesen und Analysen

Die *Alternative für Deutschland* ist zum zweiten Mal in den Deutschen Bundestag eingezogen. Damit hat die parteinahe *Desiderius-Erasmus-Stiftung* Anspruch auf Stiftungsgelder in Millionenhöhe. Sie kann politische Projekte unterstützen und auch Gelder in politische Bildung investieren.

Die AfD hat zwar Stimmen verloren, kann aber vielerorts auf ein Stammwähler*innen-Potenzial zurückgreifen.¹³ Dazu wurden in den letzten Jahren verschiedene Thesen diskutiert. Die Vorstellung, dass es sich dabei um Protestwähler*innen handle, scheint weitestgehend verworfen zu sein. Eine Studie von Viola Neu für die *Konrad-Adenauer-Stiftung* unter dem Titel „Des Wählers Herzen. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen“ zeigt, dass sich die Mehrheit der Wähler*innen allgemein vorstellen können, prinzipiell mehr als eine Partei zu wählen. (vgl. Neu, 2021, S. 3) Nur eine Minderheit der Befragten gab an, keine alternative Wahlpräferenz zu haben. Hier fällt auf, dass von diesen Befragten der größte Anteil (50 Prozent) Anhänger*innen der AfD sind. Demnach verfügt die AfD über die größte Stammwähler*innenschaft, die nicht offen sind für andere politische Positionen. Dies kann als Beleg dafür herangezogen werden, dass die Partei nicht mit der Intention gewählt wird, einen Protest und ein einmaliges Zeichen an die etablierten Parteien zu senden.

Überzeugend sind daher die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, die darauf hindeuten, dass Wähler*innen die AfD aufgrund ihrer Programmatik wählen und somit rechte Überzeugungen teilen. (vgl. Decker/ Brähler, 2020) Mehr als die Hälfte aller AfD-Wähler*innen sind latent oder manifest rechtsextrem eingestellt. (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2021) Sie

¹³Worunter sich auch viele ehemalige Nichtwähler*innen befinden. (vgl. Rump/ Küpper, 2021, S. 213) In Köln konnte die AfD 2017 das Potential von rund 25.400 ehemaligen Nichtwählenden am besten ausschöpfen. (vgl. Stadt Köln 2017, S. 17)

unterstützen die inhaltliche Ausrichtung der AfD – nicht obwohl, sondern vermutlich gerade weil führende AfD-Politiker*innen im Laufe der Zeit mit eindeutigen menschenfeindlichen und rechtspopulistischen Positionen aufgefallen sind. (vgl. Kahrs, 2017)

Weitere Erklärungsansätze beziehen sich auf ökonomische Faktoren und nehmen sozial benachteiligt Milieus bzw. die Infrastruktur in den Blick. Und auch bei der Bundestagswahl 2021 konnte die AfD vor allem in ländlichen und strukturschwachen Gebieten auf ein stabiles Stammwähler*innen-Potenzial zurückgreifen. Im (nicht ländlichen) Köln gilt beispielsweise der Stimmbezirk 71602 in Finkenberg als benachteiligter Stadtteil mit hoher Arbeitslosigkeit und mangelnder Perspektive für Jugendliche. Die etablierten Parteien weisen kaum eine Schnittstelle zu der Lebensrealität der dort lebenden Menschen auf. Die These, dass die AfD hier mit ihren populistischen Forderungen anschlussfähiger sein könnte, wurde bereits für die Bundestagswahl 2017 formuliert (vgl. Damm/ Janecek 2017) und kann auch für die Interpretation der Ergebnisse 2021 plausibel – wenn auch nicht evidenzbasiert – formuliert werden.

Die AfD inszeniert sich als Arbeiter*innenpartei, als Partei für die „kleinen Leute“. Diese Strategie scheint teilweise aufzugehen. So erhielt die Partei bei der Bundestagswahl 2021 den größten Zuspruch von Arbeiter*innen und arbeitslosen Menschen. Hier hat sie vor allem Stimmen von der Partei „die Linke“ dazugewonnen (vgl. MDR Sachsen, 2021), verloren hat sie hingegen an die SPD. (tagesschau 3, 2021) Der Trugschluss, dass nur Arbeiter*innen und arbeitslose Menschen die AfD wählen, wurde schon bei der Bundestagswahl 2017 widerlegt. Hier waren Arbeiter*innen zwar überdurchschnittlich unter der Wähler*innenschaft der AfD vertreten, machten allerdings nur ein Viertel der Wähler*innen insgesamt aus. Die übrigen drei Viertel setzten sich aus Angestellten, Beamt*innen und Selbstständigen zusammen. (vgl. MDR Sachsen, 2021) Ähnliche Erkenntnisse wurden auch für die ostdeutschen Bundesländer bei den dortigen Landtagswahlen festgestellt. Bei den AfD-Wähler*innen handelt es sich auffallend oft um Menschen mit mittlerem Einkommen, um Unternehmer*innen im gewerblichen oder handwerklichen Mittelstand, um Arbeiter*innen und Angestellte. „In diesem Segment ist unter männlichen Wählern die AfD oft die stärkste Kraft.“ (Kixmuller, 2021)

Für Köln liegen diesbezüglich noch keine Ergebnisse vor.¹⁴ Die Untersuchung der Bundestagswahl 2017 hat jedoch festgestellt: In Köln wählten Frauen CDU und GRÜNE, Männer DIE LINKE, FDP und AfD. Bei dieser Partei ist der Stimmenanteil bei den Männern fast doppelt so hoch wie bei den Frauen (vgl. Stadt Köln, 2017, S. 6); zudem ist die Wähler*innenschaft eher älter (ebd., S. 25). Die AfD war 2017 in den Stadtteilen stark, in denen überdurchschnittlich viele SGB II-Leistungsberechtigte leben. (vgl. ebd., S. 46). Das Pro-Kopf-

¹⁴ Sie werden im Herbst 2021 vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik auf der Internetseite der Stadt Köln veröffentlicht werden.

Einkommen war bei denjenigen, die der AfD nahestehen, am geringsten. Zu vermuten ist, dass dies auch für die Auswertung der Bundestagswahl 2021 gelten könnte.

Insgesamt verbleibt die AfD in NRW (7,3%) unter dem bundesweiten Durchschnitt von 10,3%. Vor allem in den neuen Bundesländern hat die Partei gut abgeschnitten und wurde teilweise sogar stärkste Kraft. Die AfD ist jedoch kein rein ostdeutsches Phänomen. Sie hat sich im gesamten Bundesgebiet als Partei etabliert und damit auch zur Normalisierung ihrer rassistischen, völkischen und antifeministischen Positionen beigetragen.

Bei dieBasis fällt auf, dass sie in NRW immerhin 1,1% der Erststimmen und 1,0% der Zweitstimmen erzielen konnte. 111.520 bzw. 98.951 Personen also haben in NRW eine Partei aus dem „Querdenker*innen“-Umfeld gewählt. Zwar hat die Partei den Einzug in den Bundestag deutlich verfehlt, dennoch war ihr Wahlkampf in Anbetracht der kurzen Zeit ihres Bestehens professionell geführt. DieBasis war in zahlreichen Städten mit Wahlkampf- und Infoständen präsent und formte das Stadtbild durch ihre zahlreichen Wahlplakate mit. Ob dieser Organisationsgrad anhält oder ob die Partei sich innerhalb der nächsten Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl wieder auflöst und in Vergessenheit gerät, lässt sich im Moment noch nicht absehen. Die Ergebnisse von dieBasis zeigen jedoch, dass die Protestler*innen gegen die Corona-Schutzverordnung auch nach den Lockerungen der Auflagen immer noch präsent sind und auch in Zukunft sein werden. Verschwörungserzählungen sind nun ein (öffentlich sichtbarer) Teil der Gesellschaft und werden weiter eine Herausforderung darstellen. Inwieweit im „Querdenker*innen“-Milieu im Allgemeinen und bei dieBasis im Besonderen eine weitere Verschränkung in die rechte Szene voranschreitet, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantwortet werden.

Der NPD und der *Volksabstimmung* kommen auch nach dieser Wahl ein Nischendasein zu. Sie verschwinden in der Bedeutungslosigkeit.

Hetz- und Desinformationskampagnen bei der Bundestagswahl

Der Wahlkampf war geprägt von Hetz- und Desinformationskampagnen. Der Hass gegen Politiker*innen während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 stellte ein massives Problem da. Die Beratungsstelle *HateAid* stellte in ihrer Datenrecherche zu Hatespeech und Onlinehetze fest, dass besonders die Spitzenkandidat*innen der Parteien hier im Fokus standen. (vgl. *HateAid* 2021, S.1) Im Zeitraum vom 07.08. bis zum 07.09.2021 erhielt Armin Laschet, so die Untersuchung, am meisten potenziell hasserfüllte Kommentare bei Twitter (27.476). Olaf Scholz (SPD) erhielt 6.690 und Annalena Baerbock (Bündnis 90/ Die Grünen) 5.524 Kommentare. Bei Christian Lindner (FDP) waren es 1.599, bei Janine Wissler (Die Linke) 283 und bei Alice Weidel (AfD) 684.

Viele der Hasskommentare kamen aus einem rechten bis extrem rechten Spektrum. Bei Janine Wissler hatte mehr als ein Drittel des Hasses einen rechten Hintergrund. Bei Annalena Baerbock entstammten 25% der Hasskommentare aus dem rechten Spektrum, bei Olaf Scholz waren es knapp 21%, bei Christian Lindner 15% und bei Armin Laschet waren es 7% (obwohl er in absoluten Zahlen die meisten Hass-Kommentare geschrieben bekam). Die Verfasser*innen halten weiter fest: „Bei Alice Weidel kam ebenfalls ein Großteil der sie erwähnenden Kommentare mit potenziell beleidigenden und verletzenden Inhalten aus einem rechten bis rechtsextremen Spektrum (knapp 23 %), richtete[n] sich jedoch [...] in der Regel nicht explizit gegen sie.“ (ebd., S. 3) So wurde in „Tweets, in denen Annalena Baerbock mit potenziell beleidigender oder verletzender Sprache angegriffen wurde, [...] Alice Weidel zwar ebenfalls erwähnt – allerdings als positives Gegenbeispiel.“ (ebd., S. 1). Parteiübergreifend stehen bei solchen Kommentaren vor allem Frauen im Mittelpunkt; sie werden sexistisch abgewertet. Rund 90 % aller weiblichen Bundestagsabgeordneten war laut einer Umfrage des Politmagazins „report“ aus dem Jahr 2019 bereits mit Hatespeech konfrontiert. (vgl. süddeutsche 2019) Politiker*innen werden u. a. auf sogenannten Feindeslisten als Ziele markiert.

Aber auch *Die Grünen* als Partei fungierten im Wahlkampf zur Bundestagswahl als Feindbild. Dies zeigte sich einerseits in Posts, die unter anderem von der AfD veröffentlicht wurden und sich gegen *Die Grünen* richteten, als auch in der bundesweiten Kampagne „Grüner Mist“, die ab dem 9. August für mehrere Tage in rund 50 Städten in Deutschland zu sehen. Auf Plakaten, die mit Social Media-Beiträgen ergänzt wurden, war zum Beispiel zu lesen „Totalitär. Sozialistisch. Heimatfeindlich.“ oder „Klimasozialismus. Ökodiktatur. Enteignungsterror.“ Von der Optik ähnelten die Plakate dem Auftritt der Grünen. Als Kampagnensprecher trat David Bendels, Vorsitzender des *Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheit* auf. Laut der Initiative *Lobbycontrol* ist es Ziel des Vereins, Wahlwerbung für

die AfD zu machen. (vgl. Wienand, 2021) Schon 2016 fiel der Verein dadurch auf, dass er Millionen Euro in Werbung für die AfD (Plakate, Spots und ein zeitungähnliches Extrablatt) investierte.

Neben Hetzkampagnen kam es im Laufe des Wahlkampfes immer wieder zu der Verbreitung von Desinformationen, wie beispielsweise das Recherchenetzwerk *Correctiv* darstellt: „Vor der Bundestagswahl kursierten massenhaft Desinformationen im Netz“; nach Einschätzungen der Expert*innen so viel, „dass die Demokratie Schaden nehmen könnte.“ (Correctiv 2021) So wurde von rechter Seite und aus dem Umfeld der „Querdenker*innen“-Bewegung über Wahlfälschungen bei der Briefwahl spekuliert. Die AfD hatte bereit zur Bundestagswahl 2017 vor Wahlfälschungen gewarnt. Im Vorfeld der diesjährigen Wahl versuchte sie erneut, die Briefwahl zu diskreditieren, „auch unter Verbreitung der Mär vom Wahlbetrug in den USA“. (Rump/ Küpper, 2021, S. 218)

Auch ein lokales Beispiel am Wahlsonntag 2021 zeigt, wie sich Falschinformation auswirken können. Welche Rolle dabei zudem Alltagsrassismen gespielt haben könnten, lässt sich derzeit nicht beantworten. Wie unter anderem der Kölner Stadt-Anzeiger am 28. September berichtete, wurde zwei Wählerinnen mit Kopftuch die Teilnahme an der Wahl in der Astrid-Lindgren-Schule in Bergheim-Kenten verweigert. (vgl. Vlaminc/ Teichert, 2021) Eine Wahlhelferin begründete das Verbot damit, dass die Frau ein Kopftuch (und Maske) trage und sich somit „verhülle“. Das sei nicht gestattet und diese Regelung sei im Bundeswahlgesetz nachzulesen. Dies stimmt jedoch nicht. Auch nach der zweiten Beschwerde der Betroffenen durften sie nicht wählen. Erst nach Intervention bei der Wahlleitung war eine Anweisung gegeben worden, so dass zumindest eine der beiden ihr Wahlrecht ausüben konnte.

Zivilgesellschaft für Demokratie

Auch in Zukunft braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Hetz- und Desinformationskampagnen gilt es entschieden zu bekämpfen und Diskriminierung, die sich im öffentlichen Raum zeigt, entgegenzutreten. Eine Gesellschaft kann hinsichtlich Verschwörungserzählungen, welche die Demokratie negieren wollen und Antisemitismus reproduzieren, nicht neutral bleiben. Sie kann auch nicht neutral bleiben, wenn aufgrund von antimuslimischem Rassismus Menschen das Wahlrecht abgesprochen wird. Dem Engagement demokratischen Akteur*innen kommt ein besonderer Stellenwert bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis und den Austausch von Argumenten der Bürger*innen untereinander zu realisieren. Diese Dialogformen haben auch Auswirkungen für die Präferenz extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien und können antidemokratischer Agitation den Nährboden entziehen. Zivilgesellschaft und Gemeinwesen fungieren als normative Bezugspunkte in Erhaltung und Beförderung einer demokratischen Kultur und der Abwehr menschenfeindlicher Einflüsse. Sie üben einen besonderen Einfluss auf die Verbreitung von Rassismus, Rechtsextremismus und anderen menschenfeindlichen Orientierungen sowie die Befürwortung demokratischer Prozesse aus.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützt und aktiviert zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel der Stärkung einer menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur. Sie steht für einen grundlegenden gesellschaftspolitischen Gegenentwurf für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

Der Bundesverband Mobile Beratung hat zur Bundestagswahl 2021 ein Policy Paper unter dem Titel „Wie rechte und rechtsoffene Parteien abgeschnitten haben – und was das für die Zivilgesellschaft bedeutet“. Es steht zum Download zur Verfügung unter:

<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/>

Anhang

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 in den jeweiligen Wahlbezirken im Regierungsbezirk Köln dargestellt. Berücksichtigt werden ausschließlich die weiter oben differenziert dargestellten Parteien *Alternative für Deutschland*, *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, *die Basisdemokratische Partei Deutschland* und *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen*.

Aachen I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	3,8% (5.314)	-1,8%	3,9% (5.427)	- 2,0%
NPD	-	-	0,0% (44)	- 0,1%
dieBasis	1,1% (1.502)	-	1,0% (1.337)	-
Volksabstimmung	-	-	-	

Aachen II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	7,5% (12.632)	-1,3%	7,3% (12.408)	- 1,3%
NPD	-	-	0,1% (190)	- 0,1%
dieBasis	1,0% (1.704)	-	0,9% (1.572)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 01,%

Heinsberg	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	7,6% (10.965)	-0,7%	7,9% (11.358)	- 0,9%
NPD	-	-	0,1% (209)	- 0,2%
dieBasis	1,1% (1.554)	-	1,1% (1.590)	-
Volksabstimmung	-	-	-	-0,1%

Düren	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	8,5% (12.947)	-0,4%	8,7% (13.171)	- 1,0%
NPD	-	-	0,1% (179)	- 0,2%
dieBasis	1,0% (1.566)	-	1,0% (1.540)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Rhein-Erft Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	7,0% (13.537)	-2,0%	6,9% (13.417)	- 2,6%
NPD	-	-	0,1% (166)	- 0,1%
dieBasis	1,1% (2.218)	-	0,9% (1.739)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Rhein-Erft Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	7,9% (15.098)	-1,6%	7,8% (14.893)	- 2,1%
NPD	-	-	0,1% (151)	- 0,2%
dieBasis	1,3% (2.505)	-	1,1% (2.182)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Köln I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	6,3% (8.789)	-2,4%	6,0% (8.363)	- 2,9%
NPD	-	-	0,1% (76)	- 0,1%
dieBasis	1,2% (1.615)	-	0,9% (1.327)	-
Volksabstimmung	-	-	-	-0,1%

Köln II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	2,7% (5.587)	-1,9%	2,9% (5.891)	- 2,2%
NPD	-	-	0,0% (53)	- 0,0%
dieBasis	1,0% (2.005)	-	0,9% (1.769)	-
Volksabstimmung	-	-	-	-

Köln III	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	5,2% (8.015)	-2,3%	5,1% (7.876)	- 2,7%
NPD	-	-	0,0% (72)	- 0,1%
dieBasis	1,2% (1.831)	-	1,0% (1.605)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Bonn	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	4,0% (7.448)	-2,0%	4,2% (7.749)	- 3,1%
NPD	-	-	0,0% (51)	- 0,1%
dieBasis	1,1% (2.101)	-	1,0% (1.823)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Rhein-Sieg-Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten 2017
AfD	7,0% (13.043)	-1,8%	7,3% (13.604)	- 2,7%
NPD	-	-	0,1% (164)	- 0,1%
dieBasis	1,6% (2.938)	-	1,4% (2.577)	-
Volksabstimmung	0,3% (601)	-2,7%	-	- 0,3%

Rhein-Sieg-Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	5,9% (10.385)	-2,5%	6,0% (10.551)	- 2,8%
NPD	-	-	0,1% (112)	- 0,1%
dieBasis	1,3% (2.285)	-	1,2% (2.101)	-
Volksabstimmung	0,3% (484)	-0,3	-	-0,2%

Oberbergischer Kreis	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	9,5% (15.071)	-0,6%	9,6% (15.211)	- 1,0%
NPD	-	-	0,1% (153)	- 0,1%
dieBasis	1,8% (2.847)	-	1,8% (2.805)	-
Volksabstimmung	-	--	-	- 0,1%

Rhein-Bergischer Kreis	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	5,4% (9.512)	-1,8%	5,7% (10.055)	- 2,3%
NPD	-	-	0,1% (101)	- 0,1%
dieBasis	1,4% (2.455)	-	1,3% (2.226)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Leverkusen – Köln IV	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
AfD	7,1% (10.797)	-1,7%	7,2% (10.966)	- 2,6%
NPD	-	-	0,1% (123)	- 0,1%
dieBasis	1,5% (2.222)	-	1,1% (1.715)	-
Volksabstimmung	-	-	-	- 0,1%

Literatur und Quellen

- AfD (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Online im Internet unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf (abgerufen am 10.09.2021).
- apabiz (2020): Europa und die Rechte – Teil 1. Online im Internet unter: <https://www.apabiz.de/2020/europa-und-die-rechte-teil-1/> (abgerufen am 08.10.2021).
- Bayrischer Rundfunk (2021): #Faktenfuchs: Die Verschwörungstheorie zu "The Great Reset". Online im Internet unter: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-die-verschwörungstheorie-the-great-reset,SY2OK1r> (abgerufen am 08.10.2021).
- Bertelsmann Stiftung (2021): Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021. Online im Internet unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2021.pdf (abgerufen am 08.10.2021).
- Bundesverbands Mobile Beratung e.V. (Hg.) (2020): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Inhaltliche und methodische Grundsätze. Online im Internet unter: https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/06/BMB_Grundsatzpapier_2021.pdf (abgerufen am 29.09.2021).
- Bündnis C – Christen für Deutschland (2021): Kurzprogramm 2021. Die Krise als Chance ... für eine christlich-innovative Politik. Online im Internet unter: https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2021/01/Kurzprogramm-01-2021_ONLINE.pdf (abgerufen am 20.09.2021).
- Correctiv (Röttger, Tania/ Echtermann, Alice/ Eckert, Till/ Jonas, Uschi/ Kutzner, Steffen/ Thust, Srah/ Bau, Matthias/ Echtermann, Alice et.al.) (2021): Schmutziger Wahlkampf. Wie Desinformation die Bundestagswahl vergiftet. Online im Internet unter: <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2021/09/21/schmutziger-wahlkampf-desinformation-bundestagswahl/> (abgerufen am 29.09.2021).
- Damm, Andreas/ Janecek, Bettina (2017): Finkenbergl. „Hier passiert gar nichts“ – Zu Besuch in der Kölner AfD-Hochburg. Online im Internet unter: <https://www.ksta.de/koeln/finkenbergl--hier-passiert-gar-nichts---zu-besuch-in-der-koelner-afd-hochburg-28488348?cb=1633703622168> (abgerufen am 08.10.2021).
- DGB Bundesvorstand (Hg.) (2021): Die AfD vor der Bundestagswahl 2021. Verfasser: Alexander Häusler, Rainer Roeser. Online im Internet unter: <https://www.dgb.de/bundestagswahl-2021/+co++8d1db6d8-ff42-11eb-9235-001a4a160123> (abgerufen am 08.10.2021).
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag. Online im Internet unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2021-04/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie_korr.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie (abgerufen am 29.09.2021).
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin. Online im Internet unter: <https://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf> (abgerufen am 29.09.2021).
- Der Bundeswahlleiter (2021): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 2. Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen. Informationen des Bundeswahlleiters. Wiesbaden. Online im Internet unter: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/357a49c5-1066-46ec-b6c5-de018186801c/btw21_heft2.pdf (abgerufen am 29.09.2021).
- dieBasis (o.J.): Rahmenprogramm. Online im Internet unter: <https://diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2021/07/2020-11-dieBasis-Rahmenprogramm.pdf> (abgerufen am 20.09.2021).

Fleck, Dr. Helmut (2021): Wahlaussagen Dr. Helmut Fleck und Andreas Frick zur Bundestagswahl am 26.09.2021. Online im Internet unter: https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/files/Kreistag/2021/17_08_2021/Wahlaussagen_Dr%20Helmut_Fleck_und_Andreas_Frick_zur_Bundestagswahl_am_26_09_2021.pdf (abgerufen am 20.09.2021). (Zitiert als Fleck 1, 2021).

Fleck, Dr. Helmut (2021): Wahlaussagen –Volksabstimmung - zur Bundestagswahl am 26.09.2021. Online im Internet unter: https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/files/29_07_2021/Wahlaussagen_Volksabstimmung_zur_Bundestagswahl.pdf (abgerufen am 20.09.2021). (Zitiert als Fleck 2, 2021).

Gill, Cosima/ Lör, Wigbert (2021): Nordrhein-Westfalen Exklusiv: Nazi-Affäre belastet AfD-Landesvize in NRW. Online im Internet unter: <https://www.tagesschau.de/regional/nordrheinwestfalen/wdr-story-41581.html> (abgerufen am 11.07.2021)

Goldmann, Anne (2021): Bündnis C – Christen für Deutschland. Bündnis C. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338961/buendnis-c> (abgerufen am 10.09.2021).

HateAid (2021): #2 Hass als Berufsrisiko – Digitale Gewalt im Wahlkampf. Online im Internet unter: <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2021/09/Report-2-Hass-als-Berufsrisiko.pdf> (abgerufen am 10.09.2021).

Hebestreit, Ray (2021): Liberal-Konservative Reformer. LKR. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338969/lkr> (abgerufen am 10.09.2021).

Kahrs, Horst (2017): Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 – Wahlnachbericht und erste Analyse. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online im Internet unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf (abgerufen am 20.09.2021).

Kixmüller, Jan (2021): Männlich, mittleres Alter, aus der Mittelschicht. Ein Politikforscher erklärt, wer die AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt sind. Online im Internet unter: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/maennlich-mittleren-alters-aus-der-mittelschicht-ein-politikforscher-erklart-wer-die-afd-waehler-in-sachsen-anhalt-sind/27260078.html> (abgerufen am 29.09.2021).

Klaus, Julia (2021): Geldflüsse von Abgeordneten. Wie die AfD rechte Aktivisten finanziert. Online im Internet unter: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-geld-rechte-aktivisten-100.html?mc_cid=62e80a5b04&mc_eid=626bad1997 (abgerufen am 15.09.2021).

Liberal-Konservative Reformer (2021): LKR. Freiheit. Werte. Zukunft! Unser Programm zur Bundestagswahl 2021. Online im Internet unter: <https://bund.lkr.de/export/sites/lkr-bund/.galleries/downloads/LKR-Programm-zur-Bundestagswahl-2021.pdf> (abgerufen am 20.09.2021).

Lör, Wigbert/ Ullrich, Christoph (2021): Wende in „Nazi-Affäre“: Fliegt AfD-Landesvize Helferich aus der Partei?. Online im Internet unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/afd-helferich-ausschluss-100.html> (abgerufen 10.09.2021)

MDR Sachsen (2021): Wähleranalyse. Was treibt die Wähler in Sachsen zur AfD? Online im Internet unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wahlen/bundestagswahl/warum-waehlen-sachsen-afd-rechts-100.html> (abgerufen am 29.09.2021).

Bundesverband Mobile Beratung: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. Dresden 2020

Neu, Viola (2021): Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin. Online im Internet unter:

<https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Des+W%C3%A4hlers+Herz+-+Emotionale+Parteienbewertung+aus+repr%C3%A4sentativen+und+qualitativen+Umfragen.pdf/9700741a-1f19-ce56-8405-63e28bd500d0?version=1.1&t=1612193024532> (abgerufen am 26.09.2021).

Niedermayer, Oskar/ Poguntke, Thomas (2021): Alternative für Deutschland. AfD. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338930/afd> (abgerufen am 10.09.2021).

NPD (o.J.): Programm zur Bundestagswahl. Online im Internet unter: <https://npd.de/wahlprogramm-2021/#> (abgerufen am 20.09.2021).

Rump, Maike/ Küpper, Beate (2021): Wahlmisstrauen und menschenfeindliche Einstellungen. In: Zick, Andreas/ Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. S. 213-223. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Online im Internet unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=65543&token=be951e80f3f538cca04a67567b9da4b995a93c64> (abgerufen am 20.09.2021).

Schmitz-Vardar, Merve (2021): Nationaldemokratische Partei Deutschland. NPD. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338938/npd> (abgerufen am 10.09.2021). (Zitiert als Schmitz-Vardar 1, 2021).

Schmitz-Vardar, Merve (2021): Basisdemokratische Partei Deutschland. dieBasis. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338960/diebasis> (10.09.2021). (Zitiert als Schmitz-Vardar 2, 2021).

Sol/dpa (2021): Nach NS-Äußerung. AfD-Politiker Helferich verzichtet auf Fraktionszugehörigkeit. Online im Internet unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/matthias-helferich-afd-politiker-verzichtet-nach-ns-aeusserung-in-chat-auf-fraktionszugehoerigkeit-a-c26e5826-a2e3-4390-ad54-99ab1c2185f0> (abgerufen am 04.10.2021).

Stadt Köln (2017): Bundestagswahl 2017 Analyse des Kölner Wahlergebnisses. Kölner Statistische Nachrichten - 7/2017. Köln.

Süddeutsche (2019): Onlinehetze. „Hass auf Frauen, die den Mund aufmachen“. Im Internet online unter: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/politik-bundestagsabgeordnete-frauen-internet-no-hate-speech-1.4650508> (abgerufen am 08.10.2021).

tagesschau (2021): Bundestagswahl 2021. Basisdemokratische Partei Deutschland. Online im Internet unter: <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/diebasis-101.html> (21.08.2021). (Zitiert als tagesschau 1, 2021).

tagesschau (2021): Bundestagswahl 2021. NPD. Online im Internet unter: <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/npd-201.html> (abgerufen am 20.08.2021). (Zitiert als tagesschau 2, 2021)

tagesschau (2021): Bundestagswahl. Wie die Wähler wanderten. Online im Internet unter: <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/waehlerwanderung-bundestagswahl-103.html> (abgerufen am 29.09.2021). (Zitiert als tagesschau 3, 2021).

Vlaminck, Dennis/ Teichert, Florian (2021): Bergheimer Wahllokal. Zwei Wählerinnen mit Kopftuch abgewiesen. Online im Internet unter: <https://www.ksta.de/region/rhein-erft/bergheim/bergheimer-wahllokal-zwei-waehlerinnen-mit-kopftuch-abgewiesen-39049330?cb=1633353894576> (abgerufen am 29.09.2021).

Weiß, Volker (2021): Vom elitären Zirkel zur Massenbewegung? Die Neue Rechte in Pandemiezeiten. In: Kleffner, Heike/ Meisner, Matthias: Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. S. 158-166. Freiburg: Herder Verlag.

Wienand, Lars (2021): Tausende Plakate. Ominöse AFD-Unterstützer starten Kampagne gegen Grüne. Online im Internet unter: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/bundestagswahl/id_90599672/ominoese-afd-unterstuetzer-starten-riesen-kampagne-gegen-die-gruenen-.html?mc_cid=f4940e7cf0&mc_eid=626bad1997 (abgerufen am 12.08.2021).

Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg: Hamburger Edition.

Zick, Andreas (2021): Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie. In: Ders/ Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. S. 17-31. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Online im Internet unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=65543&to-ken=be951e80f3f538cca04a67567b9da4b995a93c64> (abgerufen am 20.09.2021).

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

